

Krakauer Zeitung.

Nr. 109.

Dienstag, den 14. Mai

1861.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Zeitung für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Kundmachung.

Die häufigsten Ankündigungen in den öffentlichen Blättern, wobei zur Theilnahme an ausländischen Gebotstexten, wobei zur ganz Einsicht verloren geht, wenn auf das Los bei derziehung eines Miete fällt) und zum Anlaufe der auf ausländische Anteilstexte ausgegebenen Promessen eingeladen wird, geben abermals Anlaß, das Publikum vor dem Anlaufe solcher Lotteriestexte und Promessen zu warnen, indem die Straftat nach den Gesetzesvorschriften nicht nur den Verkleinerer, sondern auch den Käufer oder Besitzer trifft.

Die meisten dieser Ankündigungen betreffen die sogenannte „Große Hamburger Geldverlosung“ — die „Große Staatsgewinn-Verlotung“ (zu Frankfurt) — dann die auf „Schwedische Staatsseisenbahnen“ ausgegebene Promesse zu 2 fl. und zu 1 fl.

Auch für die inländischen Zeitungs-Redaktionen besteht das Verbot, solche Ankündigungen in ihre Blätter aufzunehmen, und die Auflösung derselben unterliegt der Ahndung nach § 7 und 11 der Kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 (Reichsgesetzblatt Nr. 96).

Bem. f. f. Finanzministerium.

Wien, am 9. Mai 1861.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 14. Mai.

Die Räumung Syriens, schreibt ein Pariser Corr. des „A. S.“ am 10. d. ist für den 5. Juni definitiv beschlossen; der Kaiser soll es dem Marquis Barroja mitgetheilt haben. Man ist deshalb in der offiziellen Welt sehr unzufrieden damit, daß der Constitutionnel heute eine Petition der Bewohner von Beirut um Fortdauer der französischen Occupation veröffentlicht hat. Abb-el-Kader hat wiederum ein Schreiben über die gegenwärtige Situation an den Kaiser gerichtet. Es ist Aufficht vorhanden, daß ein von General Beaufort d'Hautpoul ausgearbeiteter Organisationsplan für Syrien von der in Konstantinopel zusammentretenden Commission in Berücksichtigung gezogen wird. Nach diesem Plane soll nur ein einziger Kaimakam eingesetzt werden; doch wäre man noch nicht eing über die Persönlichkeit, welcher dieser schwierige Posten anvertraut werden sollte.

Über die Mission des Grafen Bimercati wird folgende Mittheilung gemacht: Bekanntlich hat General Goyon zu Ehren des Königs beider Sicilien zwei Heerschauen im Rom veranstaltet, wobei er dem jungen Monarchen die seinem Stande gehörenden Ehrenbezeugungen durch die französischen Truppen erweisen ließ. Graf Goyon bilde sich ein, General Goyon hätte sich herausgenommen ohne Anfrage in Paris so handeln, und verlangte nichts weniger als die Abberufung derselben, um in den Augen der italienischen Nation dessen Desanourierung in eclanter Art zu konstatiren. Graf Bimercati, dessen Hin- und Herreisen keinen andern Zweck hatte, als die Abberufung des Generals Goyon zu erwirken, erhielt einen

„Siegels“ und „Journal des Debats“ melden, daß die römische Adresse an den Kaiser Napoleon bereits zu Anfang Mai 6000 Unterschriften zählte.

Wie man der „Armonia“ von Rom schreibt, hätte der Papst dem Herzog v. Gramont, welcher bei Sr. Heiligkeit im Namen des Turiner Cabinets auf die Entfernung des Ex-Königs von Neapel aus Rom bestand, auf folgende bestimmte Weise geantwortet: „Der König von Neapel wird Rom nicht eher verlassen, als bis ich es selbst verlasse.“

Die „Opinione“ vom 10. Mai nimmt von einem Protest des „Consuls beider Sicilien“ in Bordeaux, Herrn Meyer, Veranlassung, die Gründe zu erörtern, wodurch Frankreich sich bisher abhalten ließ, das Königreich Italien officiel anzuerkennen. Jene geistige Zustimmung, womit die Franzosen die Italiener verstossen möchten, findet das Gavouri'sche Organ sehr wenig zureichend; es ist vielmehr der Ansicht, daß der Zeitpunkt, wo die kaiserliche Regierung unumwundlich und zwar amtlich, ihre Anerkennung verkündigen müsse, gekommen sei, wosfern ihr daran liege, den Feinden des Königreiches Italien, welche die Anerkennung des selben hintertrieben möchten, keine Unterstützung zu leisten. Durch diese amtliche Anerkennung könne Frankreich allein sich von dem Vorwurfe, der ihm von seinen Gegnern gemacht werde, reinigen; nämlich daß es eine zweideutige Politik treibe.

Wie dem „Nord“ aus Berlin, 10. Mai, telegraphiert wird, sind Russlands diplomatische und consularische Agenten im Auslande ermächtigt worden, die von der Regierung des Königreichs Italien ausgestellten Pässe zu visieren; doch sollen sie im Visum das Einzel Land in Italien, wo der Pass ausgefertigt worden, bestimmt bezeichnen.

Der „Herald“ schreibt über die Unterhaus-Debatte vom 7. d.: „Der erste Missgriff Englands in Betreff der ionischen Inseln bestand darin, daß es denselben eine Verfassung gab, die selbst für ein viel gebildetes (!) Land zu demokratisch gewesen wäre. Dann kamen nach einander die Schnitter der verschiedenen Gouverneure und, um das Werk zu krönen, Lord John Russell mit seiner unsterblichen Depesche, die jedem unzufriedenen Volke das Recht der Rebellion zugesteht. Das Gespenst dieser Depesche wird von nun an jeden Commissär der Inseln zu Tode hießen; denn durch sie wird jede Rebellion gewissermaßen legalisiert, abgesehen davon, daß Staaten trennungen jetzt in der Mode sind. Mr. Maguire hat daher so Unrecht nicht, wenn er sagt: „England macht Propaganda für die Revolution im Auslande.“ (Und es wird die Revolution dadurch in die Colonien und schließlich auch nach Irland bringen.)

Zwei vor Kurzem erschienene militärisch-politische Schriften gewinnen als Zeichen der herrschenden Stimmung auch für das Ausland Bedeutung. In der einen behandelt ein schweizerischer Generalstabsoffizier (der Redakteur der in Basel erscheinenden Schw. Mil. Ztg.) die Neutralitätsfrage. Nachdem er überzeugend nachgewiesen hat, daß weder Deutschland noch Italien, wenn sie ihre eigenen Interessen begreifen, Verantwortung haben, die schweizerische Neutralität zu verleihen, zeigt er, daß allerdings Frankreich bei einem Offenkriegs-kriege gegen Osten die Schweiz occipieren und mit Güte und Gewalt zu einem Bündnis treiben werde. Eritt ein solcher Fall wirklich ein, so muß das ganze Volk zu den Waffen greifen, zu gleicher Zeit aber auch in eine Allianz mit Frankreichs Gegner eintreten. Deutschland rath er dabei, die Schweiz vor dem wirklichen Angriff nicht stark zu drängen, damit sie ihre ganze Armee an der Westgrenze aufstellen könne. Die zweite Flugschrift von Oberstleutnant Gingins-Lafatraz saft nach einer scharfen Kritik des Césarenthums und seiner Politik ebenfalls die Invasion ins Auge und räth der Schweiz neben kräftiger und entschlossener Benützung der Armee zur Organisation eines das ganze Volk heranziehenden Parteidrägerkrieges.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Zollvereine befinden sich gegenwärtig, wie die „A. S.“ schreibt, in dem Stadium der Correspondenz zwischen Preußen und den übrigen Zollvereinsstaaten in Betreff der von Frankreich gestellten Anerbietungen und Forderungen.

Das ärztliche Gutachten über den Leichnam des Grafen Ladislao Teleki lautet wie folgt: Die in den Hirnhäutchen gefundenen Anwachslungen, Verwicklungen, Bähigkeit, weißliche Färbung, Pachionische Drüsenkonglomerate, ferner die auf der Schwäche der Schnittfläche der Hirnfibulanz erscheinenden hirschkorn-großen zahlreichen Blutpunkte, endlich das in den Seilenkammern vorsätzlich drei Dränen betragende Serum, sowie die stärkere Gefäßenspritzung der Kammerwand lassen keinen Zweifel übrig, daß der Graf nicht nur an fortgesetzten Blutcongestionen gelitten, sondern auch, wie aus der beim Herzen erwähnten

Widererweiterung und Rauhigkeit, ferner aus der Verengerung des Magenpfortners zu schließen, bei jedesmaliger Verdauung großen Schmerzen und heftigen Aufregungen unterworfen gewesen. Graf Teleki läßt ist das Opfer einer durch einen Schuß in die Brusthöhle dringenden Kugel geworden, welche durch eine unmittelbar an die Stelle der Wunde angelegte Schießwaffe verursacht ward, ohne daß an den anderen Theilen des Körpers die Spuren einer Verlehung angedeutet werden konnten; die Kugel durchdrang die zwischen den Rippen liegenden Muskulaturen und das Brustfell, durchbohrte zunächst den Herzbettel, dann die Wandlung der linken Herzklammer, drang ferner durch das Brustfell, den oberen Bogen des Magens und den ersten Lendenwirbel, bis sie schließlich durch dieses letzte Knochenhüdernis ihre Kraft einküßte und an der obenbezeichneten Stelle unter der äußeren Haut und der Muskelmasse stecken blieb. Das Sektionsprotokoll führt genau die edleren Theile an, welche die gefährbringende Kugel in ihrem Laufe schonunglos zerstörte, wodurch eine derartige Verblutung entstehen mußte, welche durch ihr plötzliches Eintreten einen raschen, von jedem längeren Leiden befreiten Tod nach sich zog, der aber auch durch die schwungst angewandte menschliche Hilfe nicht hätte vereitelt werden können.

Die verhängnisvolle Kugel ward aus ihrem letzten Ruhepunkte herausgenommen, sie passte vollkommen zu der Mündung der zu den Füßen der Leiche liegenden

Pistole und entsprach auch an Größe und Gewicht, sowie an äußerer Form jenen Kuglexemplaren, welche im Zimmer des unglücklichen Grafen in der Was-senkassette gefunden wurden; nicht minder passten die ebendaselbst vorgefundene zur Ladung verwendeten Kleinwandstücke zu jenem Lappen, welcher in dem ge-connen Blute des Herzbeutels gefunden wurde.

Der Sitz, welchen Teleki auf der Deputirtenbank eingenommen, soll einem in der neulichen Konferenz des Unterhauses gefassten Beschlusse zufolge während

Zierden derselben, welche wir aus diesen verbrüderten Ländern gewährtigen, sowie die Mitwirkung ihrer Vertreter zu den großen gemeinsamen Zwecken ungern noch bis zur Stunde vermissen“ ganz wegzulassen. (Wird abgelehnt.)

Vom zehnten Absatz weiter werden nur unbedeutende Änderungen vom Kardinal Fürsten Schwarzenberg und Fürsten Laxis vorgeschlagen, welche ebenfalls von der Versammlung abgelehnt werden. Aus dieser Komité-Berathung ging die Adresse hervor, wie sie bereits mitgetheilt wurde.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 11. Mai. Beginn der Sitzung um 10½ Uhr. Vorsitzender: Präsident Dr. Hein. Auf der Ministerbank: die Herren Schmerling, Pratobevera, Mecssy, Lasser, Widenvogel, Wüllerstorff.

Die Sitzung wurde mit der Verlesung des Protocols der letzten Sitzung eröffnet; dasselbe wird angenommen.

Die galizischen Abgeordneten erscheinen in ihrer Nationaltracht und nehmen auf der äußersten Rechten ihre Plätze ein.

Präsident macht auf eine Unrichtigkeit im Namensverzeichniß der Abgeordneten aufmerksam, theilt die Namen der 22 neu aus Galizien und Tirol eingetroffenen Abgeordneten mit, liest die Eidesformel vor und ruft dann die einzelnen Abgeordneten beim Namen auf, jeder derselben legt das Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ ab.

Staatsminister v. Schmerling macht Mitteilungen über die für den Reichsrath in dieser Session bestimmten Regierungsvorlagen. (Wie im Herrenhaus.)

Minister Lasser: Ein Gesetzentwurf bezüglich der Auflösung des Lehensverbandes wird ebenfalls zur Vorlage kommen.

Präsident: Der Abg. Anton Edler v. Stahl ist noch immer krank. Der Oberstlandmarschall von Böhmen bittet um Urlaub bis 15. Mai wegen wichtiger Geschäfte des böhmischen Landesausschusses; (das Haus bemüht den Urlaub). Abg. v. Schwarzenfeld entschuldigt sein bisheriges Ausbleiben mit Krankheiten.

Zwei Abgeordnete haben ihr Ausbleiben noch nicht entschuldigt; das Präsidium wird das Nöthige verfügen.

Den Mitgliedern des Herrenhauses und Abgeordnetenhaus werden nach Möglichkeit gegenseitig Sitze in den beiden Häusern reservirt werden.

Dr. Giskra als Berichterstatter für die Adress-Kommission: Der gedruckte Entwurf ist in den Händen des Hauses. Die verschiedenen Schätzungen des Hauses waren in der Kommission repräsentirt, und es sollte ein Entwurf wenigstens im Sinne der Majorität des Hauses, das Band der Brüderlichkeit und Eintracht repräsentirend, zu Stande gebracht werden. Darum schloß sich die Adresse der Thronrede möglichst an, so auch die Uebereinstimmung des Hauses mit den dort ausgesprochenen Grundsätzen ausdrückend. Fehlt nun auch die einerseits gewünschte Schärfe, andererseits die verlangte Milde, so möge dies in dem Erwähnten seinen Grund finden. Die Kommission empfiehlt daher trotz etwaiger Mängel den Entwurf zur Annahme des Hauses.

Der Entwurf wird nun verlesen. Derselbe lautet: Ew. k. k. Apostolische Majestät!

Durchdrungen von den gleichen Gesinnungen der Loyalität und des Patriotismus, wie sie aus der Mitte der Landtage als wahrer Ausdruck der Ge-fühle der Völker laut geworden, nähert sich das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes, um Ew. Maj. ehrebetig Dank zu sagen für das Vertrauen, das Er. Maj. demselben gewährt, durch ihre Vertreter mitzuwirken zu dem großen Werke einer heilbringenden Umgestaltung der Gesamtmonarchie.

Mit Freuden begrüßen wir die erbahnenen Grundsätze, die Ew. Majestät verkündet für das große Werk, das mit Hilfe des Allmächtigen werden soll zum Segen der Völker, zum Ruhme des Kaisers. Die freien Institutionen, unter denen fortan alle Nationalitäten des Reiches gleichberechtigt nebeneinander bestehen, alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sein sollen, werden die Bande der brüderlichen Eintracht befestigen und stärken zum unlöslichen Bunde; die Teilnahme der Volksvertretung an der Gesetzgebung wird diesen BUND heiligen, und die fortschreitende Entwicklung der Freiheit im Geiste der Zeit und nach dem Bedürfnisse der Völker wird ihm die Kraft verleihen allen Stürmen siegreich zu widerstehen.

Von unschätzbarem Werthe ist es uns, daß Ew. Maj. die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches auf Grundlage der so weit als möglich ausgedehnten Selbstständigkeit der einzelnen Königreiche und Länder und zugleich auf Grundlage jener Einheit, welche die nothwendige Machstellung des Reiches fordert, unternommen haben.

Wir erkennen mit Ew. Maj., daß die Gestaltung dauernd gewahrt und befestigt ist, wenn sie nach Recht und Billigkeit mit Rücksicht auf die Vergangenheit der einzelnen Königreiche und Länder mit gleicher Sorgfalt für alle Nationen, mit gleichmäßiger Entwicklung in allen Theilen des Reiches, in offener und freisinniger Politik durchgeführt wird, wie sie Bedürfnis der Völker und Gebot der Nothwendigkeit geworden. Ueberzeugt von der

hohen Wichtigkeit der Landesvertretungen, sprechen wir die Hoffnung aus, daß die baldige Fortsetzung

der gegenwärtig vertagten Landtage der einzelnen Länder wesentliche Verbesserungen ihrer heimischen Zustände bringen werde. Die Ausbildung der dem

Reiche gegebenen constitutionellen Formen und deren Vervollständigung durch Einrichtungen, die an-

derwärts mit gedeihlichem Erfolge bestehen, so wie die zeitgemäße Fortbildung der Landesordnungen,

werden es ermöglichen, Gesetze zu schaffen, die den Bedürfnissen und Wünschen aller Völker des Reiches entsprechen; sie werden das Band der Treue und Abhängigkeit aller Völker an Ew. Majestät geheiligte Person und erhabenes Haus noch enger knüpfen; sie werden die Zusammenghörigkeit zu

dem einen mächtigen Staate zum Gegenstand gerechten Stolzes und begeisterter Hingabe machen für alle Stämme von Österreich.

Wir erkennen nicht die von Ew. Majestät angedeutete Schwierigkeit der Aufgaben, die vorliegen, aber auch wir begreifen, daß durch die Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit und durch den Geist der Duldsamkeit, durch gegenseitige Billigkeit und Versöhnlichkeit ein brüderliches Zusammenleben aller Völker unter Österreichs schützendem Adler verbürgt sein wird.

In demselben Geiste werden die Völker auch das von Ew. Maj. in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen, welches sie zur gedeihlichen Entwicklung und Kräftigung der gegebenen oder wiedererweckten Institutionen mitzuwirken berufen hat.

Mit Ew. Maj. hoffen und erwarten auch wir, daß die Frage der Vertreibung der Königreiche Ungarn, Croatiens, und Slavoniens, und des Großfürstenthums Siebenbürgen im Reichsrath bald eine günstige Lösung finden werde.

Die angestammte Treue der edlen Brudervölker im Süden der Karpathen an ihren Fürsten, unser mehrhundertjähriges Zusammenleben unter den erlauchten Regenten Ew. Majestät erhabenen Herrscherhauses, die Erinnerung brüderlicher Gemeinsamkeit von Leid und Freud in schwimmenden und in guten Tagen, die tausendfach verschwungenen Interessen, die vielerprobte Hochherzigkeit und Opferwilligkeit aller der edlen Stämme im östlichen Theile des Reiches geben uns die Zuversicht, daß sie, der Opfer eingedenkt, die auch die Völker im westlichen Theile des Reiches zu ihrer Befreiung von fremdem Herrschaftsgebräuch, bei dem Ew. Maj. angedeuteten

Verständnis der wahren Sachlage, der Vortheil und unverkennbare Nothwendigkeit einer Gesamtvertretung auf der freiheitlichen Grundlage des Gesamtstaates, mit uns zusammenwirken werden zum Fortbau eines großen einigen Österreich.

Möge Ew. Maj. Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens sich für lange Zeit verwirklichen! Die Interessen der Bodenkultur, der Industrie und des Handels, welche durch greifender Unterstüzung und Förderung bedürfen, erheischen ihn so gebieterisch, daß seine neuerliche Störung zu den schwersten Heimsuchungen gehören würde. Aber die Völker Ew. Maj. werden auch jederzeit bereit sein, Österreich gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Mit Besiedlung vernahmen wir, daß die Bewohner von Ew. Maj. Regierung zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalte fortgesetzt werden, und erwarten gleichfalls, daß die Durchführung der Landes-, Kreis- oder Bezirks- und Gemeinde-Autonomie, dann die Verminderung des Heeresaufwandes die Herstellung des Gleichtgewichts im Staatshaushalte bald zu Stande bringen werde; daß in verschiedenen Zweigen der Besteuerung Modifikationen zur Durchführung einer ebenmäßigen und gerechten Heranziehung des National-Vermögens zum Staatshaushalte ehestens plazieren und die dauernde Unabhängigkeit der Nationalbank vom Staate durchgeführt werde, welche auch die Wiederherstellung einer festen Valuta im Gefolge haben wird.

Gleicherweise können wir nur wünschen, daß auch in anderen Angelegenheiten Gesetzesvorschläge zu den ernstlich gebotenen Aenderungen in verschiedenen Zweigen des Staatslebens schon vorbereitet seien oder doch ehestens vorbereitet werden, und wir werden die an uns gelangenden Vorlagen der sorgfältigsten Beurtheilung unterziehen.

Wir fühlen mit Ew. Maj., daß einer der wichtigsten Wendepunkte für die Geschichte des Reiches eingetreten; allein wir vertrauen, daß der Stern, der Österreich durch nahe ein Jahrtausend auch in den dunkelsten Stunden seiner Geschichte geleuchtet, nicht erleuchtet wird, und wir glauben fest und zuversichtlich, daß die Völker in altösterreichischer Treue, Aufopferungsfähigkeit, und Hingabe gerne zu jedem Opfer bereit sind, das nötig wird zur Aufrechthaltung des Gesamtstaates, des einzigen und unteilbaren Kaiserreiches.

Dem hochherzigen Beispiele Ew. Maj. folgend, legen auch wir das feierliche Gelöbnis ab, daß wir im Sinne der im Diplom vom 20. Oct. 1860 auf-

gesprochenen und in den Grundgesetzen vom 26. Febr. 1861 zur Durchführung gelangten Ideen die Gesamtverfassung als das unantastbare Fundament des Reiches anerkennen, jede Verlehrung als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller Völker und Völker der selben be- trachten, und Ew. Maj. jederzeit in unerschütterlicher Treue zur Seite stehen werden.

Möge die allwährende Macht der weisen Vorsehung durch ihren Segen das Gelingen des großen und erhabenen Werkes bewirken!

Gott schütze, Gott erhalte, Gott segne Ew. Majestät!

Das Haus der Abg. des Reichsrathes.

Als Untragsteller macht ferner der Abgeordnete Giskra die Dringlichkeit der Berathung des Antrages geltend.

Rieger verlangt das Wort zur Rechtfertigung und spricht lebhaft gegen Kuranda.

Präsident mahnt den Redner, die Würde des Hauses zu beachten.

Rieger: Der von Kuranda gebrauchte Ausdruck Kompromiß ist unrichtig; er (R.) habe wohl in der Kommission, weil allein in der Minorität, für die Adresse gestimmt, sich aber das Recht, Amendingen zu stellen, vorbehalten; er unterstützt das Glam'sche Amendingen; Kuranda's Einfluß werde hoffentlich die Königreiche nicht lassen; der Kaiser selbst habe den Ausdruck „Boten“ und nicht ohne Grund gebraucht, darum solle er in der Adresse Platz finden; auch §. 11 der Verfassung spreche dafür, das könne Kuranda nicht korrigieren.

Wratislaw: Glams Amendingen charakterisiert den Abgeordneten nur als Deputierten der Landtage; er stimmt darum für Beibehaltung der ersten Alinea des Entwurfes.

Wieser: In der Kommission hat kein principieller Kompromiß stattgefunden; der Kaiser hat wohl den Ausdruck „Boten“, aber auch den Ausdruck „Abgeordnete“ gebraucht; der letztere Ausdruck dürfe in der Adresse den Andeutungen Sr. Majestät entsprechend sein, er stimme für die Beibehaltung der Alinea.

Mühlfeld stimmt gegen das Glam'sche Amendingen. Rieger's Beziehung auf §. 11 sei versehlt, weil daselbst nur vom engeren Reichsrath die Rede sei. Ein vom Präsidenten verlesenes Amendingen gebe weitere Anhaltspunkte gegen Glams Begriff der Centralisation. Die Einheit des Reiches ist in der Gesamtverfassung ausgesprochen; wer den Ausdruck „Gesamtverfassung“ streicht, streiche auch die Reichseinheit.

Brinz. Der angeblichen Centralisation könne der Ausdruck Autonomie entgegengesetzt werden, die von fast allen Völkern Österreichs, mit Ausnahme eines einzigen Bruchtheiles, beansprucht werde, während seltsamerweise gerade jener Bruchteil, der reichsunmittelbare Städte gehabt habe, sie nicht verlangt. Wille Gott, daß der grammatischen Streit auf Grundlage des k. Potentes, der k. Grundgesetzes ausgeglichen werde. Wir sind von den Landtagen aber für das Reich deputiert.

Demel: Nach der Chronrede sind die Boten in den Reichsrath als Abgeordnete getreten.

Der Schlus der Debatte wird beantragt und angenommen.

Giskra als Berichterstatter: Glom will im ersten Absatz das Wort „Abgeordnetenhaus“ gestrichen wissen; mit der Annahme dieses Amendingens würde das Haus zum Rumpfparlament werden, darum müsse das Glam'sche Amendingen fallen.

Rieger bittet um namentliche Abstimmung.

Präsident: Die Verhandlung ist noch nicht beendet.

Die Versammlung entscheidet sich abfazweise und auch sofort über die Amendingen abzustimmen.

Das Glam'sche Amendingen gelangt zur Abstimmung.

Der Rieger'sche Antrag auf Namensabstimmung wird verworfen, eben so das Glam'sche Amendingen.

Der Absatz 1 und 2 wird unverändert angenommen.

Landtags-Angelegenheiten.

Am 11. d. hatte die Deputation des serbischen National-Congresses Audienz beim Kaiser, um Se. Majestät für die Bewilligung des Congresses den Dank des serbischen Volkes auszusprechen und die Bitte zu stellen, daß die Beschlüsse des Congresses in Wege der Gesetzgebung ihre Erfüllung erhalten. Der Kaiser ertheilte der Deputation, die vom Bischof Kengjelac mit einer die Loyalität des serbischen Volkes und die Staatseinheit betonenden Ansprache vorgeführt wurde folgende Antwort:

„In dem Augenblick, als Ich die Wiedereinführung der serbischen Wojwodschafft ausgesprochen habe Ich besonders auch den Wunsch gehabt, die verbrieften serbischen Privilegia rechte, besonders jene, die sich auf die Nationalität und Sprache beziehen, gekräftigt zu sehen. Zu diesem Ende habe Ich den serbischen Congress bewilligt, und Ich bin sehr erkenntlich für die Loyalität, mit welcher der Congress die Aufgabe gelöst hat.“

„Der Commissär hat Mir bereits das Operat (die Beschlüsse und die Adresse des Congresses) übergeben, und Ich habe schon die nöthige Weisung ertheilt, damit dasselbe gepfist und im gesetzlichen Wege zum Abschluß geführt werde.“

„Da Sie aber in dieser Ansprache die Einheit des Staates berührt haben, so hoffe Ich, daß die serbische Nation, die sich stets treu und loyal bewiesen hat, auch jetzt im Falle der Nothwendigkeit zu allen Opfern bereit sein wird.“

Das Memorandum des serbischen Nationalcongresses ist dem Staatsministerium und der Hof-

der Entwurf kein entsprechendes Echo der Chronredekanzlei mitgetheilt worden. Wie der Wiener Correspondent „Sürgony“ schreibt, hat die Hofkanzlei ihr Exemplar der ungarischen Statthalterei überschickt, ohne in dieser Angelegenheit mit dem Staatsministerium concertirt zu haben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Mai. Se. Majestät reist nächsten Donnerstag (16. d.) nach Triest ab, wo die Kaiserin von Österreich von dort erwartet wird. Gleichzeitig mit Sr. Maj. begibt sich Se. k. H. Erzherzog Ferdinand Max nach Triest. (Von der Reise des Kronprinzen Rudolph und der Prinzessin Gisela nach Triest ist es abgekommen.)

Ueber die Ankunft der kgl. Yacht in Madeira und die Abreise der Kaiserin von Österreich von dort erwartet man nachstehende Einzelheiten: Am 23. April batte Ihre Majestät in ihrem Palais den Herzog von Oporto, Generalcapitän der portugiesischen Flotte und die Offiziere aller eben im Hafen liegenden britischen Kriegsschiffe bewirthet. Am 24. gaben die Offiziere der beiden Yachten Victoria and Albert und Osborne, der Kaiserin zu Ehren, einen Wettkampf im Cricket (dem populärsten Ballspiel Englands) zum Besten, und wurden, nebenbei bemerkt, von ihren Gegnern, nämlich den auf Madeira angesiedelten Engländern, tüchtig geschlagen, was aber nicht zu verwundern ist, da sie des heißen Klimas weniger gewohnt waren und der Wettkampf an einem äußerst schwülten Tage stattfand. Tags darauf ward die Lust durch eine frische Brise aus Süd-West abgekühl, und die Kaiserin stattete der portugiesischen Corvette Bartholomes Diaz einen Besuch ab und nahm als Guest des Herzogs von Oporto an Bord derselben ein Gabelfrühstück ein, zu dem auch der königl. Capitän Deuman von der Victoria and Albert geladen war. Alle Batterien und Schiffe im Hafen feuerten Salutschüsse ab, der Hafen war mit Fahrzeugen und jedes Schiff bis auf die äußerste Mastspitze mit seinen schönsten Flaggen geschmückt, so daß der Anblick ein herrlicher war. Am

folgenden Morgen kam der Herzog von Oporto an Bord der Victoria and Albert und am 27. bei Anbruch der Dunkelheit gab diese ein grandioses Feuerwerk zum Besten, das mit einem vielfarbigen Feuerbild der österreichischen Farbe in riesigen Dimensionen eröffnet wurde und mit einer königlichen Salve von 21 Mortarketten schloß. Am 28. April, der auf einen Sonntag fiel, erfolgte die Einschiffung der Kaiserin. In ihrem unmittelbaren Gefolge befanden sich: die Hofdamen Fürstin Windischgrätz, Fürstin Laris und Gräfin Hunyady, Haushofmeister Graf Nobile, Kammerherr Graf Mitrovsky, Stallmeister Graf Hunyady, Courier Graf Hohenstein und Graf Trapezky, Hofrath Bayer, Kaplan Hasel und Dr. Kumar. Die Kaiserin wurde vom Gouverneur und den untersten Beamten der Insel an Bord geleitet, wo sie von Captain Deuman und sämtlichen Offizieren der eben im Hafen ankernden britischen Kriegsschiffen ehrfürchtig empfangen wurde. Eine Stunde später stellte der Herzog von Oporto der hohen Frau einen Abschiedsbesuch ab und um halb zwei Uhr Mittags dampfte die Yacht unter Kanonensalven und Hurrahren der Matrosen zum Hafen hinaus. Ihr folgte die Osborne, das britische Einienschiff Argus und der portugiesische Bartholomes Diaz mit dem Herzog von Oporto am Bord, doch schon nach wenigen Stunden war die Victoria and Albert vermöge ihrer besserer Maschinen ihren Begleitern weit voraus. Das sie am darauffolgenden Dienstag um 9 Uhr Morgens glücklich vor Cadiz anlangte, ist bekannt.

Ueber die Anwesenheit Ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth in Cadiz meldet die „Epoca“ vom 5. Mai: Die Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin Elisabeth auf der Rhede von Cadiz erfolgte am Dienstag den 30. April. Unmittelbar nachdem die Yacht Victoria and Albert eingelaufen war, versagten sich der Graf Crivelli und seine Gemalin, so wie die in Cadiz residirenden Consuln von Österreich und England an Bord der Yacht, deren Ankunft sie auf dem Molo erwartet hatten. Bald darauf hatten der Civil- und Militärgouverneur der Provinz und der Alcalde der Stadt Cadiz die Ehre, Ihre k. k. Majestät zu Altershöchster Ankunft beglückwünschen zu dürfen. Die Dienste, welche diese Autoritäten zur Verfügung stellten, nahmen Ihre Majestät jedoch nicht an, weil Altershöchsteselben das strengste Incognito zu bewahren wünschten. Um 2½ Uhr Nachmittags begaben sich Ihre Majestät an's Land und geruheten der prachtvollen Equipage, welche aufgestellt war, sich zu bedienen. Zur Rechten der Kaiserin saß die Gräfin Crivelli, die Rückseiten waren von zwei Damen des Gefolges besetzt. Die übrigen Damen und Herren der Begleitung folgten in vier anderen Wagen. Der Zug begab sich zunächst zur Kathedrale, sodann zu verschiedenen öffentlichen Instanzen und zur Kirche des ehemaligen Kapuzinerklosters, wo Ihre Majestät lange vor Murillo's Santa Catalina verweilten, welches herrliche Bild bekanntlich in dieser Kirche sich befindet. Nach zweistündigem Aufenthalte in Cadiz kehrten Ihre Majestät zum Dampfer zurück. Die jugendliche und edle Erscheinung der erhabenen Reisenden erregte, wie begreiflich, die Theilnahme der Bevölkerung. Ihre Majestät war mit eben so großer Eleganz wie Einfachheit in schwarzer Seide gekleidet. Am folgenden Tage veranstalteten der Herzog und die Herzogin von Montpensier zu Ehren des hohen Gastes ein prächtiges Bankett im Palast von San Telmo zu Sevilla. Bei diesem Feste war auch der Infant von Portugal, Don Luis Herzog von Oporto, anwesend, der am Tage vorher auf der von ihm geführten Schraubencorvette „La Portuguesa“ im Hafen von Cadiz eingetroffen war.

Am 4. Mai schifften sich Ihre Majestät nach Gibraltar ein, nahmen die Festigungen in Augenschein und setzten dann die Reise fort.

Se. k. Hoh. Erzherzog Wilhelm ist heute nach Verona abgereist.

Se. k. Hoh. Erzherzog Karl Ludwig begibt sich übermorgen nach Anstalten bei Molk und von da nach Innsbruck.

Dem „k. k.“ wird aus dem Comitate berichtet: „Die schönen, meilenweit sich fortziehenden Baumreihen der seit Jahrhunderten mit großer Sorgfalt und großem Kostenaufwande unter Aufsicht gestandenen Nagy-Halmagyer Urwälder werden jetzt allenthalben durch ruchlose Hände der Feuerverwüstung preisgegeben. Der Rauch verdeckt meilenweit den Gesichtskreis, die Feuerstätten sind aber zumeist Niemand von den Polen hatte eine Ahnung von dem, was von der Kanzel herabiente. Den Journals ist von Graf Ledochowski, dem ehemaligen Nuncius des polnischen Landtages, eine in sehr starken Ausdrücken abgesetzte Protestation gegen die Rede des Paters Minjard zugeschickt worden. — Die alten Beamten vermögen nichts mehr, die neuen noch nichts, und so bläst es kommen, daß, wenn einmal das Comitat wirklich reconstituit sein wird, das Eigentum, welches geschützt werden sollte, schon verloren sein wird.“

Deutschland.

Die Bundesversammlung hat ihre letzte Sitzung wegen des Himmelfahrtstages ausnahmsweise am Mittwoch abgehalten. Zwei Gegenstände von tief eingreifender Bedeutung sind darin der Erledigung näher gerückt, denn auf der einen Seite hat die Commission von Fachmännern, welche über die Frage einheitlichen Maßes und Gewichtes zu berathen hatte, das abgeschlossene Resultat ihrer Berathungen vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung den in Nürnberg ausgearbeiteten Entwurf eines deutschen Handelsgesetzbuches, mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über das gewonnene Resultat, den einzelnen Bundesregierungen zur Annahme und Einführung empfehlen und dabei zugleich den Wunsch aussprechen möge, es werde die in dieser Weise erzielte Einheit in Zukunft nirgends durch einseitige Aenderungen beeinträchtigt werden. Sonst mag noch aus der Sitzung hervorgehoben werden, daß der dänische Gesandte nachträglich über die Revision der Bundeskriegsverfassung (für Aufrechthaltung der Reservedivision) abgestimmt hat, und daß ein Gesuch des Gemeindethes der Bundesfestung Rosslatt, aus Bundesmitteln ein Civil-Hospital für den Kriegssall zu errichten, abgewiesen worden ist.

In Berlin beschäftigt sich das Stadtgespräch noch ausschließlich mit den Polizeiscandalen. Die Frage, die am lebhaftesten von Allen erörtert wird, ist die, ob der Polizei-Oberst Pocke eingebracht sei. So viel

man sicher weiß, schreibt die „B.-u. H.-Z.“, vom 10. d.

sollte derselbe, um am Festage einen Zusammenlauf zu verhüten, nicht gestern, sondern erst heute hier eintreffen. Der Transport sollte auf der Eisenbahn bis Rauen und von da unter Überwachung durch einen Beamten (wie es hieß durch den Polizedirector Stieber) mit Extrajust nach Berlin bewirkt werden. Daraus mag das Gericht entstehen, der Gefangene sei überhaupt noch nicht eingetroffen; ja Gerichte sind verbreitet, demselben sei es gelungen, nach seiner Entfernung in Ystadt zu entkommen. Des Weiteren wird Herr Nigra schon vor erfolgter Anerkennung nach Paris geschickt werden, um daselbst in der Eigenschaft eines vertrauten Unterhändlers die Verwirklichung der von Napoleon III. in Aussicht gestellten Abberufung der französischen Truppen zu bescheunigen. In Erwartung der Errichtung einer Botschaft in Paris ist die Anzahl der Secrétaires und Attachés daselbst vermehrt worden. Es wird ein junger Neapolitaner, ehemals im diplomatischen Corps Franz II. angestellt, als Attaché nach Paris geschickt. Es haben mit wenigen Ausnahmen fast sämtlichen Diplomaten Franz II. der neuen italienischen Regierung sich angeschlossen, darunter auch Graf Ludolf, dessen Sohn noch vor wenigen Wochen beauftragter Minister beider Sicilien in London gewesen, eben so der junge Ritter v. Martino, der Sohn des letzten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Franz II.

Wie man dem „Bat.“ aus Mailand schreibt hat König Victor Emanuel dem Grafen Cavour den Wunsch ausgesprochen, um sich von den Sorgen der Regierungsgeschäfte zu erholen, auf einige Tage nach Monza zu reisen und sich dort den Vergnügungen der Jagd hinzugeben. Graf Cavour bekleidet sich natürlich, diesen Wunsch zu gewähren; da dieser aber auch eine zahlreiche Suite mitzunehmen beabsichtigte und sich im vollen Maße zu amüsieren wünschte, so wurde dem Gouverneur von Mailand Conte Pasolino aufgetragen, das Municipium von Monza dazu zu bewegen, daß dasselbe für die Unterhaltung des Königs und dessen Gäste, natürlich auf seine (des Municipiums) Kosten sorge und mehrere Festlichkeiten anordne. Conte Pasolino entledigte sich auch seines Auftrages, erhielt aber schon den folgenden Tag die Antwort, daß die Gemeinde Monza durch freiwillige und unfreiwillige Geldspenden so ausgesäckt sei, daß sie nicht genug Fonds habe, ihre nötigsten Angelegenheiten zu besorgen, umsoweniger also Geld für unnütze Vergnügungen ausgeben könne. Obwohl nun, wie wir bestimmt wissen, dem Könige diese Antwort des Municipiums von Monza bekannt wurde, so hatte dieselbe nicht den Einfluß, ihn von seinem Entschluss abzubringen, derselbe wird doch nach Monza kommen.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. Der Minister des Innern hat verfügt, daß Schweden und Norwegen in Frankreich keiner Passe mehr bedürfen, und daß Franzosen, die nach den skandinavischen Ländern wollen, auf einen einfachen Inlandspass Frankreich verlassen und hierüber zurückkehren können, da dorthin nicht mehr diplomatisch durst zu werden braucht. — Ihnen Kurzem wird die

drakonische Strenge der preußischen Bestimmungen ein wenig gemildert werden; namentlich soll künftig ein Blatt, das zweimal gerichtlich verurtheilt worden ist, nicht mehr ohne Weiteres unterdrückt werden können. Der betreffende Gesetzesentwurf wird in wenigen Tagen dem Staatsrathe zur Prüfung vorgelegt werden. — Der französische Gesandte in Washington hat von Paris aus die allen Consular-Agenten in Nordamerica mitzuteilende Weisung erhalten, sich der strengsten

Neutralität zwischen Norden und Süden zu befreien; mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung. Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

Spanien.

Aus Madrid, 8. Mai, wird gemeldet: Das Geschwader, welches jetzt bei Algeciras zusammengezogen wird, soll nicht Marokko zur Erfüllung des Vertrages zwingen, sondern nur die spanischen Besitzungen in Afrika schützen, mit anderen Worten: es ist gegen die Kabylen an der afrikanischen Nordküste gerichtet, welche keinen Herrn anerkennen, und sich nur gegen denselben menschlich benehmen, der ihnen zeigt, daß er die Macht hat, jede Unbill zu rächen. Die amtliche Gaceta meldet die Entsetzung des Herrn Pacheco, bisher spanischen Gefanßen in Mexico. (Die Veranlassung war, daß Herr Pacheco in ungestümten Ausdrücken seine Entlassung forderte). Die spanische Regierung hat den Protest des Präsidenten von Hoyti gegen San Domingo's Einverleibung in Spanien mit dem Bemerkern zurückgewiesen, derselbe sei ihr nicht auf rechtmäßigen Wege zugekommen.

Italien.

Aus Turin, 8. Mai, schreibt man der „B.-u. H.-Z.“, vom 10. d. sollte derselbe, um am Festage einen Zusammenlauf zu verhindern, nicht gestern, sondern erst heute hier eintreffen. Der Transport sollte auf der Eisenbahn bis Rauen und von da unter Überwachung durch einen Beamten (wie es hieß durch den Polizedirector Stieber) mit Extrajust nach Berlin bewirkt werden. Daraus mag das Gericht entstehen, der Gefangene sei überhaupt noch nicht eingetroffen; ja Gerichte sind verbreitet, demselben sei es gelungen, nach seiner Entfernung in Ystadt zu entkommen. Des Weiteren wird Herr Nigra schon vor erfolgter Anerkennung nach Paris geschickt werden, um daselbst in der Eigenschaft eines vertrauten Unterhändlers die Verwirklichung der von Napoleon III. in Aussicht gestellten Abberufung der französischen Truppen zu bescheunigen. In Erwartung der Errichtung einer Botschaft in Paris ist die Anzahl der Secrétaires und Attachés daselbst vermehrt worden. Es wird ein junger Neapolitaner, ehemals im diplomatischen Corps Franz II. angestellt, als Attaché nach Paris geschickt. Es haben mit wenigen Ausnahmen fast sämtlichen Diplomaten Franz II. der neuen italienischen Regierung sich angeschlossen, darunter auch Graf Ludolf, dessen Sohn noch vor wenigen Wochen beauftragter Minister beider Sicilien in London gewesen, eben so der junge Ritter v. Martino, der Sohn des letzten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Franz II.

Wie man dem „Bat.“ aus Mailand schreibt hat König Victor Emanuel dem Grafen Cavour den Wunsch ausgesprochen, um sich von den Sorgen der Regierungsgeschäfte zu erholen, auf einige Tage nach Monza zu reisen und sich dort den Vergnügungen der Jagd hinzugeben. Graf Cavour bekleidet sich natürlich, diesen Wunsch zu gewähren; da dieser aber auch eine

zahlreiche Suite mitzunehmen beabsichtigte und sich im vollen Maße zu amüsieren wünschte, so wurde dem Gouverneur von Mailand Conte Pasolino aufgetragen,

das Municipium von Monza dazu zu bewegen, daß

dasselbe für die Unterhaltung des Königs und dessen Gäste, natürlich auf seine (des Municipiums) Kosten

sorge und mehrere Festlichkeiten anordne. Conte Pasolino entledigte sich auch seines Auftrages, erhielt aber schon den folgenden Tag die Antwort, daß die Gemeinde Monza durch freiwillige und unfreiwillige Geldspenden so ausgesäckt sei, daß sie nicht genug Fonds

hatte, ihre nötigsten Angelegenheiten zu besorgen, umsoweniger also Geld für unnütze Vergnügungen ausgeben könne. Obwohl nun, wie wir bestimmt wissen, dem Könige diese Antwort des Municipiums von Monza bekannt wurde, so hatte dieselbe nicht den Einfluß, ihn von seinem Entschluss abzubringen, derselbe wird doch nach Monza kommen.

Rußland.

Neuerdings liegen uns folgende Tementis von uns wahren über die Warschauer Vorgänge verbreiteten Angaben vor: „Die von amtlichen und nichtamtlichen Warschauer Zeitungen veröffentlichten Berichtigungen tragen nicht wenig zur Feststellung des wahren Sachverhaltes bei, da sie unverholt und in einer Stadt geschehen, die von 150,000 bewohnt ist. Andererseits fahren Krakauer (Wir ersuchen, nicht in vielfacher Zahl zu sprechen, d. Red.) und Posener Zeitungen

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird am 23. Mai in der Appellationsinstanz zur Verhandlung vorgelegt und auf der anderen Seite ist der Bericht eingelangt — in 3 Wochen wird darüber abgestimmt werden — mit welchem der handelspolitisch Auschüsse per

majora darauf antragen, daß die Bundesversammlung

mit ihren verleumderischen Behauptungen in der Hoffnung fort, daß man doch von ihren Angaben etwas glauben werde. So will der „Gaz“ in seiner Nummer vom 23. April (5. Mai) wissen: 1. daß mehrere hafte Arbeiter einige Zeit hindurch nur Wasser und Brot erhalten und vor ihrer Freilassung, die wegen Mangel an Beweisen ihrer Schuldhaftigkeit erfolgen mußte, Peitschenhiebe bekommen, deren Spuren über den ganzen Körper ersichtlich gewesen wären; 2. daß die dem Königreich Polen gehörigen Fonds mit drückenden Zahlungen zu Gunsten russischer Generale belastet würden; 3. daß zur Besteitung der Kosten für den im Jahre 1849 in Ungarn geführten Krieg und der Kosten des 27. März (8. April) die Steuern in Polen um die Hälfte erhöht worden seien u. c. Alle diese Nachrichten sind unwahr und ungereimt. Was

die in der Etatelle und in Modlin eingeschlossenen Gefangen betrifft, so werden sie gut behandelt; die aus Mangel an Beweisen der Schuld bereits wieder in Freiheit gesetzten erhalten keinerlei körperliche Züchtigung.“ Eine solche Strafe ist in dem vom 28. März (9. April) datirten Erlass des Verwaltungsrathes nicht sehr unbedeutend, soll in Straßburg eine gewisse Aufregung hervorgebracht haben. Der Zweck dieser tendenziösen Nachricht liegt auf der Hand. Die Franzosen haben keine geringere Furcht vor den Kriegs- und Angriffsgesetzten Deutschlands, als die Piemontesen vor den Angriffsgesetzten Österreichs. Kossuth reist übermorgen ab. Sein Londoner Prozeß wird

Amtsblatt.

1861

3. 5831. Edict. (2735. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem Hrn. Johann Borakowski oder dessen allfälligen Erben mittelst gegenwärtigen Edicte bekannt gemacht, es habe wider denselben Frau Antonia Raczyńska am 4. April 1861 d. 5831 eine Klage wegen Löschung der im Passivstande der Güter Bryczyna dolna ut Cont. nov. 29 pag. 102 n. 9 on. haftenden Forderung von 31316 fl. s. M. angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 25. Juni 1861 um 10 Uhr Vormittags bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Johann Borakowski und dessen allfälligen Erben unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landes- und Gerichts-Advokaten Dr. Szlachtowski mit Substitution des Hrn. Landes- und Gerichts-Advokaten Dr. Kąski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zu rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuteilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landes-Gerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 29. April 1861.

L. 5831. Edict.

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym p. Borakowskiego a w razie jego śmierci tegoż spadkobierców, że przeciw niemu pani Antonia Raczyńska na dniu 4ym Kwietnia 1861 do L. 5831 pozew o względem wymazania ciążącej w stanie biernym dóbr Bryczyna dolna jak cont. nor. 29 p. 102 n. 9 on. wierzytelności w kwocie 31316 złp. wraz z przynależościami wniosła, i że w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 25. Czerwca 1861 o godzinie 10tej zrana wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu poawanego Teofila Lenartowicza wiadomem niejest, przeto c. k. Sąd w celu zastępowania tegoż poawanego i na koszt i niebezpieczenstwa jego tutejszego p. adwokata Dra Samelsohn z substytuowaniem p. adwokata Dra Biesiadeckiego kuratorem ustanowionym, z którym spór wycoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu aby w zwycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał i o tem c. k. sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebych do obrony środków prawnych uzyskał w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przepisać musiał.

Kraków, dnia 1. Maja 1861.

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym p. Borakowskiego a w razie jego śmierci tegoż spadkobierców, że przeciw niemu pani Antonia Raczyńska na dniu 4ym Kwietnia 1861 do L. 5831 pozew o względem wymazania ciążącej w stanie biernym dóbr Bryczyna dolna jak cont. nor. 29 p. 102 n. 9 on. wierzytelności w kwocie 31316 złp. wraz z przynależościami wniosła, i że w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 25. Czerwca 1861 o godzinie 10tej zrana wyznaczony został.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu aby w zwycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał i o tem c. k. sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebych do obrony środków prawnych uzyskał w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przepisać musiał.

Kraków, dnia 29. Kwietnia 1861.

N. 28068. Kundmachung. (2749. 1-3)

Der mit dem Stathalterei-Etage vom 26. März 1861 d. 19908 ernannte, von der Regierung autorisierte Civil-Ingenieur Gustav Szurek hat den vorgeschriebenen Dienstleid am 4. April 1861 geleistet und seinen städtigen Wohnsitz in der Kreisstadt Brzezan genommen.

Bon der k. k. galicyjschen Stathalterei.

Lemberg, am 30. April 1861.

N. 28068. Obwieszczenie

Rozporządzeniem Namiestnictwa z 26. Marca 1861 do L. 19908 mianowany i przez rząd autoryzowany cywilny inżynier Gustaw Szurek złożony na dniu 4go Kwietnia 1861 przepisana przysięga służbową i urządził swe stałe mieszkanie w obowiązowanym mieście Brzezanach.

Od c. k. galicyjskiego Namiestnictwa.

Lwów, dnia 30. Kwietnia 1861.

N. 10158. Aufforderung. (2748. 1-3)

an die Norbert Anton und Paul Christophori'schen Nachkommen.

Aus der Paul Baulanger v. Ehrenrit'schen Stiftung sind vier Stiftspläne jeder mit jährlicher 315 fl. s. W. zu vergeben.

Die Abkommlinge des Norbert des Anton und des Paul Christophori haben nach stiftsrechtlichen Anordnung vom 26. April 1806 auf den Stiftungsgegen von dem Tage der Geburt gleichen Anspruch.

Bei der Concurrenz mehreren wird auf die frühere Geburt gesehen, und es bleibent die Stiftungen, ihre allfällige frühere Versorgung ausgenommen, bis zum vollendeten 24. Lebensjahr im Genüsse der Stiftung.

Mitern oder Vormünder, welche für ihre Kinder oder Mündel auf einen dieser Stiftungspläne einen Anspruch machen, haben die mit den legalen Beweisen der Vormundschaft, dann dem Original-Taußschein des Kindes

belegten Gesuche bis Ende Mai s. J. bei der k. k. n. ö. Stathalterei zu überreichen.

Bon der k. k. n. ö. Stathalterei.

Wien, am 18. April 1861.

N. 1928. Concurs-Kundmachung. (2747. 2-3)

Zu besetzen ist eine Magazins-Gehilfenstelle bei dem k. k. Salznielerlags-Amte in Podgórze in der XII. Diätenclass, dem Gehalte jährlicher (315 fl.) Dreihundert fünfzehn Gulden öster. Währung.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentierten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekennnisses, des städtischen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der Kenntnis der Salznielerlags- und Speditions-Manipulation des Rechnungswesens und der Conzeptionsfähigkeit, sowie der Kenntnis der Landesprache, unter Angabe ob und im welchem Grade sie mit Beamten des hiesigen Directions-Bezirkes verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 15. Juni 1861 einzubringen.

Bon der k. k. Berg- und Salinen-Direction.
Wieliczka, am 3. Mai 1861.

N. 4040. Edikt. (2730. 2-3)

C. k. Sąd del. miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Teofila Lenartowicza, że przeciw niemu panny: Anna, Barbara, Alexandra Nadzieja Rozen na dniu 9. Kwietnia 1861 do Nr. 4040 pozew o zapłacenie 400 złp. wniosły iż w załatwieniu tegoż pozwu termin do rozprawy sumarycznej nad dniu 18. Czerwca 1861 o godzinie 10tej zrana wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu poawanego Teofila Lenartowicza wiadomem niejest, przeto c. k. Sąd w celu zastępowania tegoż poawanego i na koszt i niebezpieczenstwa jego tutejszego p. adwokata Dra Samelsohn z substytuowaniem p. adwokata Dra Biesiadeckiego kuratorem ustanowionym, z którym spór wycoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu aby w zwycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał i o tem c. k. sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebych do obrony środków prawnych uzyskał w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przepisać musiał.

Kraków, dnia 1. Maja 1861.

N. 6547. Edikt. (2733. 2-3)

Das Krakauer k. k. Landesgericht gibt fund: es sei über Einschreiten des Moses Leib Hortmann de präs. 16. April 1861 d. 6547 in die Einleitung des Amortisationsverfahrens des in Wieliczka am 27. Juni 1859 durch Kron Nebenzahl an eigene Ordre über 136 fl. 30 ft. ö. W. ausgestellten, zwei Monate a dato in Wieliczka zahlbaren, durch Josef und Scheindel Lichtenstein acceptirten, an Moses Leib Hortmann gitirten angeblich in Verlust gerathenen Wechsels gewilligt worden.

Es wird daher der Inhaber dieses Wechsels aufgefordert, denselben dem Gerichte binnen 45 Tagen vorzulegen, widriges fräglicher Wechsel für amortisiert erklärt werden wird.

Kraków, am 22. April 1861.

L. 6547. Edikt.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie oznajmia, iż w skutek podania Mojzesza Leiba Hortmanna dn. 16. Kwietnia 1861 do L. 6547 wniesionego, zastąpieniu zostało postępowanie o amortyzację zgubionego niby wekslu w Wieliczce dnia 27go Czerwca 1859 przez Arona Nebenzahl na własną swoją Ordre (na swoje imię) na 136 złr. 50 kr. wal. str. wystawionego, w Wieliczce za dwa miesiące od daty spłacić się mającego, przez Józefa i Szeindla Lichtensteina przyjętego i na Mojzesza Leiba Hortmanna girowanego.

Wzywa się przeto wierzyciela tego wekslu, aby takowy w zakresie dni 45 sądowi przedłożył, w przeciwnym bowiem razie weksel ten amortyzowany zostanie.

Kraków, dnia 22. Kwietnia 1861.

N. 3353. Kundmachung. (2745. 2-3)

Bon Seite der Neu-Sanderer k. k. Kreisbehörde wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß zur Verpachtung der städtischen Brauerei-Propriation in Neumarkt auf die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1864 am 27. Mai 1861 um 9 Uhr Früh eine öffentliche Licitation in der Neumarker Magistratskanzlei abgehalten werden wird, wozu die Licitationslustrungen eingeladen werden.

Der Fiscalphreis beträgt 4428 fl. 67 kr. ö. W. Das Badium davon beträgt 10% vom Fiscalphreis.

k. k. Kreisbehörde, Neu-Sander, am 20. April 1861.

Bei der Concurrenz mehreren wird auf die frühere Geburt gesehen, und es bleibent die Stiftungen, ihre allfällige frühere Versorgung ausgenommen, bis zum vollendeten 24. Lebensjahr im Genüsse der Stiftung.

Mitern oder Vormünder, welche für ihre Kinder oder Mündel auf einen dieser Stiftungspläne einen Anspruch machen, haben die mit den legalen Beweisen der Vormundschaft, dann dem Original-Taußschein des Kindes

N. 281. Concurs (2746. 2-3)

Zur Besetzung der bei diesem Magistrate in Erledigung gefommnen Stadtforststelle mit dem Gehalte jährlicher 157 fl. 50 kr. ö. W. und Quartierbeitrag pr. 25 fl. 20 kr. österr. W. wird hiermit der Concurs bis Ende Mai 1861 ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten, welcher gegen Dienstvertrag verliehen werden wird, haben ihre eigenhändig geschriebenen gehörig belegte Gesuche bei dem hierzigen Magistrate u. z. wenn sie bereits in einem öffentlichen Dienste stehen, mittels ihrer vorgesetzten Behörde, sonst aber mittels jenes k. k. Bezirksamtes, in dessen Bezirke sie wohnen, einzureichen und sich über Folgendes auszuweisen:

a) über das Alter, Geburtsort, den Stand und die Religion;

b) über die Fähigung für den Forstschuhdienst;

c) über die Kenntnis der deutschen und polnischen Sprache;

d) über das untadelhafte moralische Verhalten, die Verwendung und die bisherige Dienstleistung und zwar so, daß darin keine Periode übergangen werde;

e) endlich haben dieselben anzugeben, ob und in welchem Grade sie mit den übrigen Beamten des hiesigen Magistrates verwandt und verschwägert sind.

Vom Magistrate, Kenty, am 2. Mai 1861.

N. 2730. Edikt. (2725. 2-3)

Ponieważ uchwała tutejszo sądowa z dnia 16 Października 1860 L. 12896 trzeci termin licytacyjny mylnie na 17. Lutego 1861 t. j. na Niedzielę wyznaczony został, przeto c. k. sąd obwodowy Tarnowski niniejszem podaje do wiadomości, że odnośnie do wyż wspomnionej uchwały na zaopisanie wywołanej przez gminę Tuchów przez cipadkobiercom Stanisława Białkowskiego wyrokami tutejszego c. k. sądu obwodowego z dnia 24. Grudnia 1857 L. 15876 i c. k. sądu wyższego w Krakowie z dnia 10. Listopada 1858 L. 14729 sumy 3000 złr. mk. z procentami po 5% od dnia 19. Stycznia 1854 kosztami prawnymi w kwotach 20 złr. mk. i 15 złr. 16 1/4 kr. mk. i następniemi kosztami w kwotach 12 złr. 32 kr. w. a. i 26 złr. 17 kr. w. a. sprzedaż realności w Tarnowie na przedmieściu pod L. k. 124 położonej do masy spadkobierców po Stanisławie Białkowskiem dom. 12 pag. 124 n. hár. należącej na dnie 20. Czerwca 1861 o godzinie 10tej przedpołudniem jako na trzecim i ostatecznym terminie się odbędzie.

Wzywa się zatem chęć kupna mających z tym dodatkiem, że za cenę wywołania ustanowiona jest suma 10101 złr. 10 kr. w drodze sądowego oszacowania téże realności wykazana, z którego sumy 10% t. j. 1010 złr. w. a. jako wadyum przy licytacji złożone być ma, a to albo w gotówce, lub w listach zastawnych Towarzystwa kredytowego galicyjskiego lub w publicznych na okazji wystawionych obligach długu państwa podług ostatniego kursu, iż na tym terminie wyż wspomniona realność, tylko za taką cenę sprzedana będzie, która równa jest sumie wszystkich na též realności zabezpieczonych długów.

Resztę warunków licytacyjnych w registraturze tutejszego sądu przejrzyć lub też w odpisie podniesie można. O czym się obie strony sporne hipotekarnych wierzytelci z pobytu nieznajomych, a manowice Dawida Rossetta, Józefa Gulkera nastepnie wszystkich wierzytelci, którymby wcale nie albo nie dość wcześnie tutejszo-sądowa uchwała doreczona została, tudzież tych, którzy dopiero po 30. Września 1860 do ksiąg gruntowych się zaciągnęli — przez kuratora w tem celu im pośród w osobie p. adwokata Dra Stojalskiego zastąpieniu p. adwokata Dra Kaczkowskiego ustanowionego — zawiadamia.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 12. Marca 1861.

N. 2579. Obwieszczenie. (2734. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodów publicznych odbywać się będzie w c. k. Sądzie krajowym w Krakowie sprzedaż przez licytacją publiczną realności pod L. 43 dzieln. miasta VI. nowa Nr. 248 Gm. VIII. stara w Krakowie, do kościoła N. P. Marii czyli fundusu prałactwa tegoż kościoła w Krakowie należącej w trzech terminach t. j. na dnie 26. Czerwca i 1. Sierpnia i 4. Września.

Gm. VIII. stara w Krakowie, do kościoła N. P. Marii czyli fundusu prałactwa tegoż kościoła w Krakowie należącej w trzech terminach t. j. na dnie 26. Czerwca i 1. Sierpnia i 4. Września.

Wzywa się przeto wierzyciela tego wekslu,

aby takowy w zakresie dni 45 sądowi przedłożył,

w przeciwnym bowiem razie weksel ten amortyzowany zostanie.